

Deutschland-Möglingen: Dienstleistungen von Architekturbüros

OJ S 68/2023 05/04/2023

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Möglingen

Postanschrift: Rathausplatz 3

Ort: Möglingen

NUTS-Code: DE115 Ludwigsburg

Postleitzahl: 71696

Land: Deutschland

E-Mail: rschulze@moeglingen.de**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: <https://www.moeglingen.de/willkommen>**I.3. Kommunikation**Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [https://www.tender24.de/NetServer](https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18713ccd110-602ca181a4056f78)[/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18713ccd110-602ca181a4056f78](https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18713ccd110-602ca181a4056f78)Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.tender24.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Drees & Sommer SE

Postanschrift: Obere Waldplätze 13

Ort: Stuttgart

NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postleitzahl: 70569

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Herr Felix Haßler

E-Mail: felix.hassler@dreso.com**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: www.dreso.com**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Neubau Feuerwehr Möglingen - Planungswettbewerb Objektplanung

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE115 Ludwigsburg

Hauptort der Ausführung: Möglingen

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeinde Möglingen plant den Neubau einer Feuerwache. Die bestehende Feuerwache im Ortszentrum entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Nach Untersuchung verschiedener Optionen wurde beschlossen, für die aktuellen Anforderungen ein Grundstück am Ortsrand für einen Feuerwehr-Neubau mit insgesamt sechs Stellplätzen zu nutzen. Für diese Maßnahme werden Objektplanungsleistungen für die LPH 1-8 gemäß § 34 HOAI erforderlich.

Die Objektplanungsleistungen werden im europaweiten, dreistufigen Verhandlungsverfahren ausgeschrieben:

- Stufe 1: Präqualifikationsverfahren mit Auswahl von 15 Teilnehmern für die Teilnahme an Stufe 2
- Stufe 2: Architektenwettbewerb mit 15 Teilnehmern in Anlehnung an die RPW
- Stufe 3: Verhandlungsverfahren (ca. 3 - 5 Teilnehmer)

Zur Abgabe der Teilnahmeerklärung ist der Teilnameantrag zu verwenden. Dieser liegt den Ausschreibungsunterlagen bei. Hier sind die Aufforderungen detailliert beschrieben. Die Auslobung wird den Teilnehmern der Stufe 2 des Verfahrens rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Der Sieger des 3-stufigen Verfahrens wird am Ende der Stufe 3 festgestellt. Die Vergabe des Auftrags erfolgt voraussichtlich im zweiten Quartal 2024. Der Bauherr beabsichtigt die stufenweise Beauftragung der Objektplanung.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Stufe 2 - Planungskriterien / Gewichtung: 60,00

Qualitätskriterium - Name: Stufe 3 - Bieterpräsentation: Organisation des Projektteams / Gewichtung: 10,00

Qualitätskriterium - Name: Stufe 3 - Bieterpräsentation: Berufliche Qualifikation des Projektteams / Gewichtung: 5,00

Qualitätskriterium - Name: Stufe 3 - Bieterpräsentation: Erfahrung Projektteam / Gewichtung: 10,00

Qualitätskriterium - Name: Stufe 3 - Bieterpräsentation: Weiterentwicklungsfähigkeit /

Gewichtung: 10,00

Preis - Gewichtung: 5,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/04/2024 Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 15 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Bewertungskriterien für die Stufe 2 (Architektenwettbewerb) und Stufe 3 (Verhandlungsverfahrens) werden bereits mit der Stufe 1 mitgeteilt.

Diese werden neben dem Teilnahmeantrag für die Stufe 1 auf der Bieterplattform Tender 24 zur Verfügung gestellt.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Eigenerklärung, dass als Berufsqualifikation der Beruf des Architekten vorliegt (§75, Abs. 1 VgV)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Durchschnittlicher Gesamtjahresumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren gemäß § 45 Absatz 1 bis 5 VgV: Mindestpunktzahl ab 200.000 € netto p.a., Höchstpunktzahl ab 400.000 € netto p.a. (Wichtung 15 %)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Eigenerklärung, dass im Auftragsfall eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (auftragsübergreifend oder auftragsbezogen) abgeschlossen wird: Personenschäden mind. 1 Mio. EUR, sonstige Schäden mind. 1 Mio. EUR (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV)

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen (Angabe Name, Berufsbezeichnung, voraussichtliche Projektposition) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV (Wichtung 10 %)

Jährliches Mittel der Beschäftigten und Anzahl der Führungskräfte in den letzten drei Jahren gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV, Mindestpunktzahl ab 1 Beschäftigten, Höchstpunktzahl ab 5 Beschäftigten (Wichtung 15 %)

Vorlage einer Referenzliste geeigneter Referenzen, über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste. Die maximale Punktzahl kann mit 3 Referenzen erreicht werden. (Wichtung 60 %)

Eine Referenz ist geeignet/vergleichbar, wenn nachfolgend aufgeführte Mindestanforderungen erfüllt sind (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV)

Mindestanforderungen:

- Mindesthonorarzone III oder höher
- Objektplanungsleistungen gem. § 34 HOAI, LPH 2-8 vollständig erbracht
- Projektfertigstellung innerhalb der letzten 10 Jahre

Bewertungskriterien:

- Angaben zur Höhe der Herstellkosten KGR 300 + 400 nach DIN 276 gem. § 33 HOAI (Mindestpunktzahl ab einer Höhe von 3,0 Mio. € netto, Höchstpunktzahl ab einer Höhe von 5,0 Mio. € netto)
- Datum der Inbetriebnahme (Mindestpunktzahl bei einer Inbetriebnahme innerhalb der letzten 7 Jahre (nach 01.01.2016), Höchstpunktzahl bei einer Inbetriebnahme innerhalb der letzten 3 Jahre (nach 01.01.2020))

BEWERBERGEMEINSCHAFT:

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft dürfen die eingereichten Referenzprojekte beliebig von den verschiedenen Bewerbergemeinschaftsmitgliedern eingereicht werden. Dabei muss erkennbar sein, durch welches Bewerbergemeinschaftsmitglied das Referenzprojekt erbracht wurde.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind natürliche bzw. juristische Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Architektin bzw. Architekt berechtigt sind

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

- Fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrages gem. § 57 Abs. 1 und 3 VgV
- Vollständigkeit des Teilnahmeantrags
- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1, 2, 3 GWB vorliegen bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach § 125 (strafrechtliche Verurteilung)
- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB vorliegen, bzw. Nachweis nach § 123 Abs. 4 S. 2 GWB (Steuern & Abgaben)
- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach § 125 (Insolvenz)
- Eigenerklärung, dass keine für den Auftrag relevante Abhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen vorliegt (§ 73 Abs. 3 VgV)

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 02/05/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 12/05/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Formale Ausschlusskriterien:

- Fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrags (Frist siehe IV.2.2 der Bekanntmachung) gemäß § 57 Absatz 1 Nr. 1 VgV
- Vollständigkeit des Teilnahmeantrags

2. Beauftragung und Realisierung:

Der Auftraggeber beabsichtigt eine stufenweise Beauftragung. Es besteht kein Anspruch auf Realisierung. Des Weiteren behält sich der Auslober vor, die ausgeschriebenen Leistungen nicht vollumfänglich zu beauftragen.

3. Bewerbungsformular und Bieterplattform:

Die Bewerbungsunterlagen stehen auf der Bieterplattform Tender24 zur Verfügung. Zur Angabe der notwendigen

Nachweise soll das Bewerbungsformular verwendet werden, das über die Bieterplattform Tender24 zur Verfügung gestellt wird (Link siehe I.3 der Bekanntmachung). Der Teilnahmeantrag ist elektronisch über die Bieterplattform einzureichen (Link siehe I.3 der Bekanntmachung). Die Registrierung auf der Bieterplattform wird ausdrücklich empfohlen. Nach Erfolgreicher Registrierung werden Sie über Änderungen oder beantwortete Rückfragen per E-Mail informiert.

4. Fehlende Unterlagen:

Es wird darauf hingewiesen, dass fehlende oder unvollständige Unterlagen und Angaben nicht bei den Bewerbern nachgefordert werden. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass veraltete/abgelaufene Erklärungen nicht nachgefordert werden.

5. Bietergemeinschaften/Eignungsleihe/Unterauftragsvergabe:

- Bietergemeinschaften geben eine gemeinsame Bewerbung ab. Geforderte Eigenerklärungen zu Ausschlusskriterien und/oder Nachweise sind für jedes Bietergemeinschaftsmitglied gesondert zu erklären und vorzulegen. Dazu sind die entsprechenden Seiten zu kopieren und kenntlich zu machen, von welchem Bietergemeinschaftsmitglied die/der Erklärung/Nachweis stammt. Ferner ist eine Bietergemeinschaftserklärung (Anlage 1 der Bewerbungsunterlagen) abzugeben, in der auch der Vertreter der Bietergemeinschaft mit postalischer und elektronischer Adresse zu benennen ist.

- Im Fall der Eignungsleihe oder beabsichtigter Unterauftragsvergabe sind geforderte Eigenerklärungen und/oder Nachweise von dem Eignungsverleiher/Unterauftragnehmer vorzulegen. Der AG behält sich vor, einen Nachweis der Verfügbarkeit im Auftragsfall vor Auftragserteilung zu fordern. Auf §§ 43, 47 VgV wird verwiesen.

6. Rückfragen zum Verfahren:

Rückfragen können jeweils bis 6 Tage vor Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge bzw. Angebote über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform gestellt werden.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postanschrift: Durchlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von
Rechtsbehelfen:

Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer, die unter VI.4.1) angegeben ist, gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Information auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein

Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

31/03/2023